



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/290 - 17. Dezember 1956
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-33
Fernschreiber 0886490

Die Bundesrepublik und das Eisenhower-Mehru-Gespräch	S. 1
Neufaschistischer Parteikongress mit Tötlichkeiten/ Bericht aus Italien	S. 3
Ein Jahr Bremer Koalitionsregierung	S. 5
Der Streik in Schleswig-Holstein	S. 7
Kommuniqué der Sitzung des Rechtspolitischen Aus- schusses der SPD	S. 8

Hoffnungsvolles Vorzeichen

sp. Als seinerzeit in der ganzen Welt der Radford-Plan besprochen wurde, jene neue strategische Konzeption im Pentagon mit einer allmählichen Schwergewichtsverlagerung von den herkömmlichen zu den atomaren Waffen, erklärte der Bundeskanzler, im Bundestag darauf angesprochen, er sei doch gerade in den USA gewesen, habe aber von solchen Absichten nichts gemerkt. Alsbald stellte sich aber dann heraus, dass es sich dabei doch um ein sehr handfestes Projekt handelte.

Heute spricht alle Welt von neuen Grundsatzüberlegungen der amerikanischen Aussenpolitik, wenn sich auch, ebenso wie damals, die amtlichen Stellen in Washington noch sehr zurückhalten. Der Bundeskanzler aber seinerseits ist diesmal offenbar hellhöriger. Deshalb mag es auch zutreffen, auch wenn noch keine amtliche Bestätigung vorliegt, was eine grosse Zeitung am Montag zu melden wusste: Adenauer werde bereits im Januar mit Eisenhower zusammentreffen, also wesentlich früher, als bisher angenommen wurde. Der Bundeskanzler hat wohl das Gefühl, es bahne sich eine neue Etappe in den internationalen Beziehungen an, in der auch auf amerikanischer Seite neue Gesichtspunkte bestimmend werden könnten, und er hat das begreifliche Bedürfnis, sich aus erster Hand - hoffentlich mit mehr Erfolg als damals - zu informieren und sich mit seinen eigenen Vorstellungen einzuschalten.

Deutlichster Ausdruck dieses gegenwärtigen tiefen Einschnittes in der weltpolitischen Entwicklung sind die Gespräche, die der indische Ministerpräsident Nehru zur Zeit in den USA mit Eisenhower und dessen Beratern führt. Weshalb misst man dieser Begegnung so ausserordentliche Bedeutung zu? Weil Nehru nach dem Format seiner Persönlichkeit und nach den Gewicht, das er in der ganzen asiatisch-afrikanischen Welt besitzt, heute allein geeignet zu sein scheint, mit Aussicht auf Erfolg einen Brückenschlag zwischen den beiden gegnerischen Lagern der Welt einzuleiten bzw. zu vollziehen. Seine ungewöhnliche politische Klugheit und grosse moralische Autorität wird auf keiner Seite bestritten. Diese Stellung von höchstem Ansehen beruht auch darauf, dass er bzw. sein Vertreter, die starke Gruppe der Bandung-Staaten in der UNO-Vollversammlung repräsentiert und so auf deren Entschlüsse jederzeit wichtigen

Einfluss nehmen kann. Dies ist auch dann von grösster Bedeutung, wenn die UN noch gewiss kein vollkommener Schiedsrichter und Friedensagent sind.

Die Bedeutung des Aufenthaltes Nehru in den Vereinigten Staaten gründet sich aber nicht nur auf seine ungewöhnliche Position in der Welt, sie ruht auch auf einer Reihe von politischen Umständen:

Trotz der bitteren Erfahrungen mit den Sowjets in Ungarn sind die USA offenkundig nicht gewillt, Schlussfolgerungen zu ziehen, die auf eine weitere Verhärtung des Gegensatzes zur Sowjetunion hinauslaufen würden. In den zuständigen Gremien werden sehr sorgfältig die letzten Abrüstungsvorschläge Bulganins vom 20. November geprüft, mit der jetzt schon erkennbaren Tendenz, aus diesen Moskauer Dokument praktischen Nutzen für eine Annäherung der beiderseitigen Standpunkte zu ziehen. Der Londoner "Observer" veröffentlichte dieser Tage Mitteilungen über gewisse Absichten des Abrüstungsbeauftragten Eisenhowers, Stassen, die, gemessen an früheren Überlegungen, recht weit gehen. Das Abrüstungsgespräch soll also sehr ernsthaft fortgeführt werden.

Ausserdem haben die Ereignisse in Ungarn das Interesse für die deutsche Frage gerade auch in den USA nur verstärkt. Man ist drüben in weiten Kreisen der Ansicht, dass bei einer Explosion in der Zone, ähnlich der in Ungarn, die Gefahr einer Ausweitung über den Ursprungsbereich hinaus ungleich grösser wäre, eben wegen der Teilung Deutschlands. Auch von Stellen, von denen man es bisher am wenigsten erwartet hatte, werden Vorschläge zur vorbeugenden Abwendung dieser Gefahr gemacht, die, verglichen mit der bisherigen amtlichen Grundauffassung in den USA, fast revolutionär wirken. Ihr Inhalt ist im Einzelnen verschieden, ihre Grundsubstanz aber stimmt weitgehend überein. Sie betrifft u.a. die Schaffung eines Systems der europäischen Sicherheit oder auch eines neutralen Gürtels unter Einschluss eines wiedervereinigten Deutschlands; die Entlassung dieser Staaten aus der westlichen bzw. der östlichen Militärbindung; Garantien der Grossmächte für diesen ausgeklammerten Bereich und Zusicherung von freien Wahlen in seinen einzelnen Ländern, soweit diese bisher dazu nicht in der Lage waren; schliesslich die Errichtung einer Zone begrenzter und kontrollierter Rüstung in Europa, wie sie schon im Mittelpunkt des Eden-Planes aus dem Jahre 1955 stand. Wichtig ist bei alledem, dass die Vereinigten Staaten, so sehr sie den Völkern im westlichen Vorfeld der Sowjetunion Erfolg bei ihren Bemühungen um mehr innere Freiheit und äussere Unabhängigkeit wünschen, daraus offenbar nicht den vielleicht naheliegenden Schluss einer drohenden Haltung gegenüber der Macht ziehen wollen, die dieses Freiheitsdrängen zu unterdrücken sucht: gegenüber der Sowjetunion.

Die Jahreswende 1956/57 kann also, trotz der alarmierenden Ereignisse, die ihr vorangingen, vielleicht doch zum Ausgangspunkt für eine neue und, wenn nicht durchschlagend, so doch in Grenzen erfolgreiche Anstrengung werden, den so ärgernisvoll notwendigen Ausgleich der west-östlichen Spannung herbeizuführen, die die Welt noch immer beherrscht. Nehrus Aufenthalt in den USA könnte unter diesem Gesichtswinkel als ein hoffnungsvolles Vorzeichen gewertet werden.

"Wir setzen nur die Tradition von früher fort"

P.E. Rom, Mitte Dezember

Es kommt in Italien bisweilen vor, dass das Parlament zum Schauplatz handgreiflicher Auseinandersetzungen wird, und ähnliche unerfreuliche Szenen spielen sich bisweilen auch in den Gemeindestuben ab. Stets aber handelt es sich hierbei um Zusammenstöße zwischen Anhängern gegnerischer Parteien, die bei dem südlichen Temperament der Italiener leicht aus Wortgefechten zu einem richtigen Handgemenge werden können. Dass aber innerhalb ein und derselben Partei die Meinungsverschiedenheiten in Tätlichkeiten ausarten, ist selbst in Italien ungewöhnlich und dürfte im Lauf des letzten Jahrzehnts noch kaum jemals vorgekommen sein.

Auf dem Parteikongress des "Movimento Sociale Italiano" jedoch, der in diesen Tagen in Mailand stattfand, bewarfen die Anhänger gegensätzlicher "Strömungen" einander mit Stühlen, es kam zu regelrechten Boxkämpfen, und die Ordner hatten allerhand zu tun, um die wütenden "Kameraden" zu trennen. Dies ergab ein eindrucksvolles Bild, sowohl von der Art, in der die Parteimitglieder offenbar gewohnt sind, ihre Differenzen auszutragen, als auch von der "inneren Geschlossenheit" dieser Partei, die von sich behauptet, sie und nur sie allein sei dazu berufen, Italien einer neuen, glanzvollen Zukunft entgegenzuführen.

Man weiss, was das M.S.I. ist: eine Partei, deren erklärter Zweck darin besteht, alles zu sammeln, was in Italien heute noch - oder schon wieder - faschistisch und daher antidemokratisch gesinnt ist. Sämtliche Wahlen, die in den letzten Jahren abgehalten wurden, haben immer von neuem bewiesen, dass die Zahl dieser unbelehrbar Vorgestrigen keineswegs gross und obendrein in dauerndem Rückgang begriffen ist. Gerade das Bewusstsein, für eine aussichtslose Sache zu kämpfen und von der grossen Mehrheit der Nation rundweg abgelehnt zu werden, hat sicher nicht wenig dazu beigetragen, die neofaschistischen Gemüter immer weiter zu verbittern.

Bei dem jüngsten Mailänder Parteikongress ging es vornehmlich darum, ob der Weg, den das M.S.I. vor längerer Zeit beschritten hat, um aus seiner Isolierung und parlamentarischen Ohnmacht herauszufinden, richtig gewesen sei oder nicht. Dieser Weg bestand in einem Bündnis zwischen Neofaschisten und Monarchisten. Die Absurdität dieses Bünd-

nisses ist freilich für jeden Beurteiler offenbar, der die Geschichte des Staatsstreiches von 1943 und der nachfolgenden Ereignisse in Erinnerung hat.

Bekanntlich hat ja am 25. Juli 1943 der König Mussolini abgesetzt und verhaften lassen. Kurze Zeit darauf hat wiederum Mussolini die Monarchie für abgeschafft erklärt und in seinem oberitalienischen Machtbereich die "Soziale Republik" ausgerufen. Die mit diesen Schritten ausgesprochene Todfeindschaft zwischen dem Faschismus und dem Hause Savoyen jetzt durch ein Bündnis zwischen den Erben Mussolinis und den Erben König Viktor Emanuels ersetzen zu wollen, ist somit ein Unterfangen, das weder auf der einen, noch auf der anderen Seite ein Übermass an Prinzipientreue verrät.

Jener Teil des M.S.I., der sich heute noch zu den höchst verworrenen Ideen der "Republica Sociale" Mussolinis bekennt und in deren Wiederbelebung das Heil und die Mission der Partei erblickt, hat sich denn auch auf dem Mailänder Kongress scharf gegen jedes weitere Zusammengehen mit den Monarchisten ausgesprochen. Als Wortführer dieser Richtung trat der Parlamentsabgeordnete Almirante auf. Die Wählerschaft habe, wie sich immer von neuem gezeigt habe, auf dieses Bündnis ungünstig reagiert. Die Funktion des M.S.I., so meinte Almirante, könne nur von einer Partei erfüllt werden, die ihre volle Autonomie wiedererlangt habe und keinerlei Bindung an eine konservative Rechtspartei unterhalte.

In Gegensatz hierzu vertrat der Abgeordnete Michellini die Anschauung, der einzig mögliche Weg für das M.S.I. liege auch weiterhin in einer Aktionsgemeinschaft mit den Monarchisten und in der absoluten Opposition gegen die Linke wie auch gegen das regierende Zentrum. Zwischen diesen beiden kontrastierenden Auffassungen suchte der Parteivorsitzende De Marsanico zu vermitteln, der erklärte, Autonomie sei nicht unbedingt gleichbedeutend mit Isolierung, doch müsse, um im politischen Kampf bestehen zu können, das M.S.I. vorerst seine eigene innere Einheit verstärken und die Gegensätze persönlicher Anschauungen überwinden.

Dass sich die Neufaschisten durchaus nicht auf dem von De Marsanico erhofften Weg zur inneren Einheit befinden, wurde jedoch sehr bald augenfällig, als im Laufe der Debatte ein Teilnehmer einen anderen als "Verräter" und "Drückeberger" beschimpfte, worauf sich die Diskussion schlagartig in eine grosse Prügelei verwandelte. Ein Zuschauer älteren Jahrgangs bemerkte dazu kopfschüttelnd: "Soll das der neue Faschismus sein?" Worauf ihm ein junger Delegierter nicht ohne Selbstbewusstsein erwiderte: "Wir setzen nur die Tradition von früher fort!" + + + - 5 -

Toleranz - die Geheimwaffe der Bremer Sozialdemokratie

M. Th. - Bremen

Die seit Monaten zu beobachtende politische Umschichtung in der Bundesrepublik, die der Sozialdemokratischen Partei aus allen Bevölkerungskreisen neue Wähler und Anhänger zuführte, hat mit dem Wahlsieg der SPD in Bremen im Oktober 1955 ihren Anfang genommen. Obwohl die Sozialdemokraten mit 52 von 100 Sitzen in der Bürgerschaft (Landtag) die absolute Mehrheit errangen, entschlossen sie sich im Interesse eines gemeinsamen Wiederaufbaus, die Koalitionspolitik mit CDU und FDP fortzuführen, die für fast alle Nachkriegsjahre in Bremen bestimmend gewesen ist.

Vor einem Jahr, im Dezember 1955, führten die langwierigen Koalitionsverhandlungen zu einer gemeinsamen Regierungserklärung von SPD, CDU und FDP, in der neben typisch bremischen Aufgaben vor allem der soziale Wohnungsbau als wichtigste Verpflichtung der laufenden Legislaturperiode herausgestellt wurde. Den Bau von 35-bis 40 000 Wohnungen in Bremen und Bremerhaven in den nächsten vier Jahren machten die Sozialdemokraten zur Bedingung einer Koalitionsregierung. Wenn im bürgerlichen Lager eine klare Festlegung auf diese Bauaufgaben auch nicht gern gesehen wurde, so gab es doch weder für FDP noch für die CDU praktisch eine Möglichkeit, diesen wichtigsten und populärsten Punkt des sozialdemokratischen "Bremen-Planes", der der Bevölkerung vor der Wahl vorgelegt worden war, in aller Öffentlichkeit abzulehnen.

Mehrparteienregierungen sind ohne Konzessionen nicht möglich. So stimmte die SPD einer grosszügigen Regelung für die katholischen Privatschulen zu, die 50 Prozent Staatsunterstützung erhalten. Auch die sechsjährige Grundschule wurde nicht zum Dogma erhoben. Bereits vor der Wahl hatte sich die SPD bereit erklärt, dem Mehrheitsgutachten eines Expertenausschusses zuzustimmen und billigte diesen Mehrheitsbeschluss entsprechend, den Übergang nach vierjähriger Grundschule zur Oberschule für Kinder mit früh erkennbarer theoretischer Begabung.

Bremen hat sich als Stadt des Wohnungsbaus im Bundesgebiet einen Namen gemacht. Das durch Initiative der SPD im Frühjahr verabschiedete "Gesetz zur Beseitigung der Wohnungsnot im Lande Bremen" soll, wie Bürgermeister Kaisen feststellte, durch eine einmalige Anstrengung der Wohnungsnot einen entscheidenden Schlag versetzen. Das bei-

spiel des seit zehn Jahren sozialdemokratisch geführten Landes, das für dieses soziale Wohnungsbauprogramm durch Zinssubventionen Mittel in Höhe von 450 Millionen DM bereitstellt, hat aber nicht überall Beifall gefunden. Es war ausgerechnet Bundeswohnungsbauminister Preussker, der erklärte, dass das Bremische Gesetz mit dem vom Bundestag gegen die SPD verabschiedeten zweiten Wohnungsbaugesetz kollidiert und deshalb beseitigt werden müsse. Später sprach er allerdings nur noch von Unstimmigkeiten, wobei er sich besonders auf den Eigenheimbau bezog, der im bremischen Gesetz angeblich nicht ausreichend berücksichtigt wird. Es bleibt aber die Tatsache, dass ein Wohnungsbauminister gegen die Anstrengungen eines Landes zur Beseitigung des Wohnungselends Stellung nahm.

Das Bremer Beispiel - in Bonn nicht genehm

Das bremische Wohnungsbaugesetz hat das Eigenheim nicht vergessen. 30 Prozent der Förderungsmittel sind für diese Zwecke vorgesehen, doch ist zweifelhaft, ob sich genügend Interessenten finden werden, die auch über ausreichende Eigenmittel verfügen, um von diesen Möglichkeiten Gebrauch zu machen. Ferner liess Preussker die im zweiten Wohnungsbaugesetz des Bundes verankerte Hanseatenklausel ausser acht, die die Vorleistungen Bremens auf dem Gebiet des Eigenheimbaues ausdrücklich anerkennt. Denn das viel zitierte "Bremer Haus" ist während der letzten Jahre auch durch die Förderung der Wohnungsbaugesellschaften in vielen Stadtteilen neu erstanden.

Der Bund hat für den Wohnungsbau von den versprochenen Millionen bisher nur einen Bruchteil bereitstellen können. Kein Wunder, dass der Bundesregierung das Beispiel des Landes Bremen nicht genehm ist. Aber die SPD hat sich durch den Querschuss aus Bonn nicht beirren lassen. In diesen Tagen wurde entschieden, welche Bauvorhaben im Rahmen des Bremer Baugesetzes durchgeführt werden. Die Mittel für die nächsten vier Jahre sind festgelegt, ein neuer Abschnitt des Aufbauwerkes kann beginnen.

Die Bremer Sozialdemokraten haben im Interesse einer kontinuierlichen Aufbauarbeit, an der alle Bevölkerungskreise verantwortlich teilhaben sollen, eigene Wünsche und Forderungen zurückgestellt und sich für eine breite Koalitionsregierung eingesetzt. Sie zeigte, mit der absoluten Mehrheit ausgerüstet, eine Toleranz, die man in Bonn in den letzten acht Jahren vermissen mußte. Sie wird sich aber nicht daran hindern lassen, ihre vor der Bevölkerung übernommenen Verpflichtungen einzulösen. Der Wahlsieg der Sozialdemokraten war auch ein Vertrauensvotum für die beispielhaften Leistungen auf dem Gebiete des sozialen Wohnungsbaus. Es wird deshalb keine nachträgliche Verfälschung des Wählerwillens geben. + + +

Ein Vermittlungsvorschlag, der keiner war

sp. In halbseitigen Inseraten in der Tagespresse wird von den streikenden Eisen- und Metallindustrien in Schleswig-Holstein behauptet, die Industriegewerkschaft Metall trage die Verantwortung, wenn Betriebe, Belegschaften und Bevölkerung die Last des Streiks weiter tragen müssen. Der Verband der Eisen- und Metallindustrie in Schleswig-Holstein versucht den Eindruck zu erwecken, als liege es nur an der Haltung der Streikenden, wenn der Arbeitsfrieden nicht wieder hergestellt werden könne. Die Arbeitgeber wären bereit gewesen, die Belastungen des Kompromissvorschlages des Ministerpräsidenten von Hassel anzunehmen.

Mit diesem Vermittlungsvorschlag des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten hat es freilich seine besondere Bewandnis. Sein Kernstück war die Verpflichtung der Arbeitgeber, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle rückwirkend ab 1. Dezember 1956 anzunehmen - eine bundesgesetzliche Regelung vorausgesetzt. Auf die wichtigsten Forderungen, um die es in diesen nun fast achtwöchigen Kampf geht: Lohnausgleich im Krankheitsfalle und zusätzliches Urlaubsgeld ging dieser in ultimativer Form vorgebrachte Vermittlungsvorschlag überhaupt nicht ein. Er verlangte von den Streikenden mehr oder weniger die bedingungslose Kapitulation. Auf die Unmöglichkeit, solches von den Gewerkschaften zu fordern, hat sogar das "Handelsblatt" hingewiesen. So konnte die Ablehnung nicht überraschen, wissen doch die streikenden Metallarbeiter, dass sie gewissermassen als Vortrupp für ein zu erweiterndes Sozialrecht kämpfen.

Zu dem Vorgehen von Hassels bemerkt die Zeitung der IG-Metall:

"Es ist einmalig in der Geschichte der Schlichtung von Arbeitskonflikten, dass man einen "Vorschlag" unterbreitet, der einseitig von einer Partei verlangt, von vornherein auf ihre wesentlichsten Forderungen zu verzichten.

Die ganze Art des "Vorschlages" erinnert an die Methoden der Zwangsschlichtung. Herr von Hassel nutzt den Streikenden zu, mit der Regelung des Lohnausgleichs im Krankheitsfalle zu warten, bis der Bundestag entschieden hat. Wann das geschieht, weiss heute noch kein Mensch. Bisher ist der Antrag der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion von Unternehmerkreisen und ihren Vertretern im Bundestag kaum beachtet worden. Er wurde erst interessant, als man glaubte, mit dem Hinweis auf eine mögliche Verabschiedung eines derartigen Gesetzes die Streikenden in Schleswig-Holstein von ihren Forderungen abhalten zu können. Wer gibt uns die Garantie, dass durch den Widerstand gewisser Kreise ein derar-

tiges Gesetz - wenn überhaupt - nicht erst nach Jahren verwirklicht wird? Und wie stellt sich der Ministerpräsident die Nachzahlung des Lohnausgleichs durch die Unternehmer ab 1. November 1956 vor? Kann man unter solchen Umständen diesen Vorschlag überhaupt ernst nehmen?

Weder der Inhalt noch die Form des Vorschlages können als echte Vermittlung gewertet werden. Wenn die Unternehmer diesen Vorschlag angenommen haben, so ist das ja nicht weiter verwunderlich. Denn er stellt ja gerade das dar, was sie erreichen wollten. Dazu hätte es wahrlich keiner Vorbesprechung bedurft!"

+ + +

Amnestie - ein Gebot der Vernunft

Der Rechtspolitische Ausschuss beim Parteivorstand der SED befasste sich in seiner Sitzung vom 15. 12. ds. Js. mit den Erörterungen, die in der Öffentlichkeit über die Gewährung von Straffreiheit für politische Straftaten geführt werden.

Der Ausschuss sieht in einer Amnestie eine Möglichkeit, im kalten Krieg zwischen Ost und West auf eine Verbesserung der angespannten Atmosphäre hinzuwirken. Darüber hinaus hält der Ausschuss aus rechtspolitischen Erwägungen eine Amnestie für dringend geboten.

Der Ausschuss befasste sich weiter mit den Ergebnissen der Beratungen des Unterausschusses für Familienrecht im Bundestag und stellte im einzelnen fest, in welcher Hinsicht auch weiterhin bei der zweiten Lesung des Gesetzes Anträge zur vollen Durchführung der nach § 3 Abs. 2 des Grundgesetzes gewährleisteten Gleichberechtigung aller Männer und Frauen in Vorschlag zu bringen sind.

Im Übrigen erörterte der Ausschuss eingehend den vorliegenden Referentenentwurf eines Richtergesetzes und die in der kürzlich stattgefundenen Zusammenkunft des deutschen Richtertages vorgebrachten Vorschläge. Der Ausschuss beauftragte die bereits hierfür gebildete Unterkommission mit der Erarbeitung von Grundsätzen, die bei einer Beratung eines Richtergesetzesentwurfs im Bundestag der Bundestagsfraktion der SPD zur Weiterverfolgung zugeleitet werden sollen.

Der Ausschuss stellte weiter fest: Berichte über einzelne Strafprozesse geben zu schweren Besorgnissen Anlass. Insbesondere muss es nach den vorliegenden Meldungen unverständlich erscheinen, dass der frühere Feldgendarmiermajor Bronsegg, der nach der Kapitulation drei Soldaten tötete, amnestiert werden konnte. Baumrufige Bedenken erwecken auch die Führung und die mündliche Urteilsbegründung des in Hannover gegen 144 junge Menschen durchgeführten Verfahrens, durch das ein gewiss zu missbilligender Unfug als Landfriedensbruch verfolgt wurde.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raukau